

Anfrage Schnydrig Monika und Mit. über den EU-Rahmenvertrag und dessen Auswirkungen auf den Kanton Luzern in Bezug auf die Sozialwerke

eröffnet am 1. Dezember 2025

Der geplante EU-Rahmenvertrag hätte zur Folge, dass die Schweiz zentrale Bereiche des EU-Rechts dynamisch übernehmen müsste. Besonders betroffen wären die Sozialwerke, die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen, da migrierende Personen schneller und umfassender Zugang zu Schweizer Leistungen erhalten könnten. Aus Sicht der SVP besteht die Gefahr von massiv steigenden Kosten für den Kanton Luzern und einem verstärkten «Sozialtourismus». Zudem könnte die kantonale Autonomie im Sozialwesen eingeschränkt werden.

Aus diesem Grund stellen wir nachfolgende Fragen:

1. Welche zusätzlichen Ansprüche auf Sozialwerke, Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen hätten migrierende Personen im Kanton Luzern, falls der EU-Rahmenvertrag in Kraft treten würde?
2. Mit welchen Mehrkosten im Bereich Sozialhilfe rechnet der Regierungsrat für den Kanton Luzern, wenn migrierende Personen rascher und umfassender Zugang erhalten?
3. Wie hoch wären die erwarteten Mehrbelastungen für die Ergänzungsleistungen im Kanton Luzern unter dem Rahmenvertrag?
4. Welche Auswirkungen hätte die dynamische Rechtsübernahme auf die kantonalen Kosten für die AHV/IV?
5. Gibt es Berechnungen oder Szenarien des Regierungsrates zu den Gesamtkosten für den Kanton Luzern, falls der Rahmenvertrag umgesetzt wird?
6. Welche Risiken sieht der Regierungsrat im Hinblick auf «Sozialtourismus», das heißt Personen, die ohne stabile Erwerbstätigkeit nach Luzern ziehen könnten?
7. Welche Kontrollmechanismen wären nach einer Übernahme des EU-Rechts noch möglich, um missbräuchliche Sozialhilfebezüge zu verhindern?
8. Welche Konsequenzen hätte es für den Kanton Luzern, wenn Streitigkeiten über Sozialleistungen künftig durch ein EU-Gericht entschieden würden?
9. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gefahr, dass mit dem Rahmenvertrag die kantonale Autonomie im Sozialwesen weiter eingeschränkt wird?
10. Welche konkreten Bereiche des Schweizer Sozialrechts müsste der Kanton Luzern nach Inkrafttreten des EU-Rahmenvertrags übernehmen, und in welchem Zeitrahmen wäre dies zu erwarten?
11. Wie viele zusätzliche Stellen (FTE) müssten in diesen Bereichen für die Umsetzung des EU-Rahmenvertrags bzw. des Gesundheitsabkommens bewilligt werden?

Schnydrig Monika

Ursprung Jasmin, Frank Reto, Wicki Martin, Vogel-Kuoni Marlen, Schumacher Urs Christian, Lötscher Hugo, Lingg Marcel, Meyer-Huwyler Sandra, Küng Roland, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard, Gfeller Thomas, Bucher Mario, Zanolla Lisa, Bossart Rolf, Waldis Martin, Hodel Thomas Alois, Wandeler Andy, Müller Guido, Arnold Robi, Dahinden Stephan